

Positionspapier

Forderungen zur Gewährleistung der sicheren Energieversorgung des Industriestandortes Baden-Württemberg im Rahmen der Dekarbonisierung

17. Februar 2022

Vorbemerkung

Energie ist ein entscheidender Standortfaktor für die Industrie. Historisch hat sich Industrie dort angesiedelt, wo sicher zuverlässige und kostengünstige Energie zur Verfügung stand. So war die frühzeitige Erschließung der Wasserkraft ein wichtiger Faktor bei der Entstehung des Industriestandortes Baden-Württemberg. Der Erhalt der sicheren, zuverlässigen und kostengünstigen Energieversorgung ist für den Erhalt des Industriestandortes und damit des Wohlstandes unseres Landes von herausragender Bedeutung. Dies stellt uns im Zusammenhang mit der Dekarbonisierung vor große Herausforderungen, die nur mit größten Anstrengungen aller Beteiligten gemeistert werden können.

Auf Basis der Untersuchungen der VfEW Studie zu den „Trends des zukünftigen Stromverbrauchs der Industrie in Baden-Württemberg“ des Verbandes für Energie- und Wasserwirtschaft Baden-Württemberg e.V. haben die beteiligten Stakeholder zentrale Anforderungen für die Zukunft des Industriestandortes Baden-Württemberg herausgearbeitet.

Dekarbonisierung der Stromversorgung

- *Massiver Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland und Baden-Württemberg*
- *Schnelle Ausweisung von Flächen für Windenergie und Freiflächen-Photovoltaik*
- *Beschleunigung der Genehmigungsverfahren*

Energie wird in der Industrie vor allem in Form von Strom eingesetzt. Wie die Untersuchung zeigt, können hier zukünftig weitere Prozesse elektrifiziert werden und neue elektrische Anwendungen (z.B. Rechenzentren) hinzukommen. Gerade im Hinblick auf die Klimaziele für 2030 wird Dekarbonisierung in der Industrie neben den

Effizienzsteigerungen fast ausschließlich über den vermehrten Einsatz elektrischer Energie erfolgen können.

Für die Dekarbonisierung des industriellen Strombedarfs ist zwingend ein erheblicher Ausbau der Erneuerbaren Energien erforderlich. Aufgrund der Größe der Aufgabe müssen alle möglichen Potentiale in Europa, Deutschland aber auch in Baden-Württemberg genutzt werden. In Baden-Württemberg geht es hier vor allem um den Ausbau der Photovoltaik und der Windenergie, wie auch dem Erhalt der Erzeugung aus Wasserkraft. Die Wirtschaftlichkeit von Standorten in Baden-Württemberg ist entscheidend in einem bundesweiten Wettbewerb. Die Landesregierung hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen im Land zu verbessern. Hierfür müssen entsprechend Flächen zur Verfügung gestellt und die Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt werden. Gerade im Hinblick auf das Jahr 2030 darf hier keine Zeit verloren werden. Selbst bei einer Halbierung der Planungs- und Genehmigungszeiten muss von begrenzten Kapazitäten zum Beispiel beim Bau von Anlagen ausgegangen werden. So sind zum Beispiel mehrjährige Prozesse zur Ausweisung von Flächen im Rahmen der Regionalplanung zu langsam, um die ambitionierten Ziele zu erreichen.

Zuverlässigkeit der Stromversorgung

- *Stärkere Vernetzung der Standorte der Erneuerbaren Energien mit dem Strombedarf*
- *Rahmenbedingungen für den Bau von wasserstofffähigen Gaskraftwerken schaffen, z.B. bei Taxonomie und Genehmigungsverfahren*
- *Werbung für die Akzeptanz von wasserstofffähigen Gaskraftwerken*

Die Industrie ist auf eine zuverlässige ununterbrochene Energieversorgung angewiesen. Ein unzuverlässiges Energiesystem mit Produktionsausfällen ist für den Produktionsstandort Baden-Württemberg, und damit für Arbeitsplätze und Wohlstand, hochgradig gefährlich.

Für die Sicherung der Energieversorgung wird, gerade bei zunehmender volatiler Stromerzeugung, die Vernetzung der unterschiedlichsten Erzeugungsstandorte in Deutschland und Europa immer wichtiger. Gleichzeitig muss aber auch gesicherte Leistung in Baden-Württemberg bereitgestellt werden. Hierzu braucht es zeitnah neue Gaskraftwerke, die perspektivisch durch den Einsatz von Wasserstoff dekarbonisiert werden können. Hier ist das Land in der Pflicht für diese Kraftwerke und die damit in Verbindung stehende Leitungsinfrastruktur zu werben, um in der Bevölkerung das Verständnis für die Notwendigkeit zu fördern, da der Widerstand gegen Gasinfrastruktur zunimmt. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass die Kraftwerke auch wirtschaftlich betrieben werden können. Hier sollte die Landesregierung sich zum Beispiel bei dem Thema Taxonomie für eine entsprechende Berücksichtigung einsetzen.

Beschleunigung und Unterstützung des Netzausbaus

- *Beschleunigte Genehmigungsverfahren für den Netzausbau*
- *Förderung des Ausbaus von Wärmenetzen*
- *Investitionsanreize für Strom- und Gasnetze regulatorisch stärken*

Wie dargestellt ist die Vernetzung der unterschiedlichen Regionen, in denen Erneuerbare Energien zur Stromerzeugung genutzt werden, von zentraler Bedeutung. Daneben muss aber sichergestellt werden, dass auch in den Verteilnetzen die Regionen mit stärkerer Erzeugung im ländlichen Raum und die Lastzentren besser vernetzt werden. Hinzu kommen noch die zusätzlichen Anforderungen aus dem Verkehrs- und Wärmesektor. Dekarbonisierung kann nur gelingen, wenn die Strom-, Gas- und Wärmenetze für diese kommenden Aufgaben ausgebaut werden.

Die Landesregierung hat sich in der Vergangenheit insbesondere für den Ausbau der Transportnetze, aber auch der Verteilnetze, stark gemacht. Trotzdem ist die Situation in den vergangenen Jahren schwieriger geworden. Gerade das Thema der Planungs- und Genehmigungsverfahren erschwert und verlangsamt den Ausbau der Netze, daneben gibt es zunehmend begrenzte Kapazitäten im Tiefbau und auch das Investitionsklima hat sich verschlechtert.

Die Landesregierung muss daher beim Netzausbau eine Beschleunigung bei den Genehmigungsverfahren vorantreiben und sich im Rahmen der Ausgestaltung der zukünftigen Netzregulierung für ein Investitionsklima einsetzen, welches die für die Energiewende notwendigen Investitionen anreizt. Dies betrifft die Förderung des Wärmenetzausbaus, aber auch die Erträge für Investitionen in Strom- und Gasnetze.

Anreize für netzdienliches Verhalten

- *KWK-Nutzung in der Industrie aufrechterhalten*
- *Lastverschiebung in der Industrie anreizen*

Wie die Untersuchung zeigt, wird die Eigenstromerzeugung der Industrie zunehmen. Dies erfolgt aber vor allem aufgrund des Einsatzes volatiler Erzeugungsformen, insbesondere der Photovoltaik. Dies führt trotz der zunehmenden Erzeugung dazu, dass in den Spitzen die durch die Netze zur Verfügung zu stellende Last zunehmen muss, was wiederum mehr Netzausbau bzw. mehr gesicherte Leistung benötigt.

Um diesen Mehrbedarf für Spitzenzeiten zu reduzieren, müssen Anreize geschaffen werden, steuerbare Erzeugung in der Industrie einzusetzen. Die derzeitige Entwicklung und der regulatorische Rahmen führen eher zu einem Rückgang der KWK-Nutzung in der Industrie. Gleichzeitig müssen Anreize für Maßnahmen geschaffen werden, die Spitzen zu reduzieren. Entweder durch den Einsatz von Speichern in der Industrie oder die Verschiebung von Lasten. Eine Unterstützung der

Industrie in diesem Bereich wird insgesamt günstiger sein als der Ausbau des Netzes und der Erzeugung für die sonst zu erwartenden Spitzen.

Frühzeitige Verfügbarkeit von Wasserstoff

- *Verfügbarkeit von Wasserstoff in den frühen 2030er Jahren sicherstellen*
- *Elektrolysekapazität im Land ausbauen*
- *Strategie und Unterstützung für die Weiterentwicklung der Gasverteilnetze im Hinblick auf die zukünftige veränderte Nachfrage und Nutzung*

Wie die Untersuchung zeigt, ist für die Dekarbonisierung der Industrie Wasserstoff die Alternative zur direkten Anwendung regenerativen Stromes. Neben der stofflichen Nutzung stellt auch die energetische Nutzung ein weiteres wichtiges Feld für den Einsatz von Wasserstoff dar, so z.B. in Wärmeprozessen. Welche Technologie eingesetzt wird, ist von der Verfügbarkeit, Zuverlässigkeit, den Kosten und den regulatorischen Rahmenbedingungen abhängig. Entscheidend werden auch die technologischen Entwicklungen in den Industrieprozessen und den dafür notwendigen Maschinen sein. Bei der Verfügbarkeit ist Baden-Württemberg weitgehend abhängig vom Import von Wasserstoff, der in anderen Regionen gewonnen wird. Deswegen muss sich die Landesregierung für einen frühzeitigen Import einsetzen, da ansonsten nicht ausreichend Wasserstoff für die Erreichung des Zieles Klimaneutralität in 2040 zur Verfügung stehen wird.

Da bis 2030 nicht mit einem relevanten Import über leitungsgebundene Infrastruktur zu rechnen ist, muss gerade auch für die stoffliche Nutzung in Baden-Württemberg eine eigene Elektrolysekapazität geschaffen werden.

Der hier gewonnene aber insbesondere der importierte Wasserstoff muss im Land verteilt werden. Da die baden-württembergische Industrie auf das ganze Land verteilt ist, müssen hierzu neben dem Transportnetz auch die Verteilnetze ertüchtigt werden. Hierzu bedarf es einer Strategie des Landes, wie dies unterstützt und wie die Umstellung von Erdgas auf Wasserstoff erfolgen kann. Dieser Punkt muss noch stärker in die Wasserstoff-Roadmap Baden-Württemberg einfließen.

Ansprechpartner:

Verband für Energie- und
Wasserwirtschaft Baden-Württemberg e.V.
Torsten Höck
Geschäftsführer
Schützenstraße 6
70182 Stuttgart
Telefon 0711 933 491 20
info@vfew-bw.de
www.vfew-bw.de